

## Fall 13: Der enttäuschte Camper

### Sachverhalt

Elke Eilers (E) einigt sich mit ihrem Bekannten Martin Mayer (M) darauf, dass M ihr am Wardenbüttner Waldsee aufgebautes Steilwandzelt für 50,- € für zwei Wochen nutzen darf. Nachdem M wegen eines Unwetters mit Windstärken bis Sturmstärke neun und starken Regenfällen den Spaß am Campen gründlich verloren und weil er außerdem „*Rücken hat*“, bietet er Benno Berens (B), dessen Zelt das Opfer des immer noch wütenden Sturmtiefs *Gudrun* geworden ist, das der E gehörende Zelt unter Angabe eines Neupreises von 625,- € für 380,- € zum Kauf an.

M tritt dabei gegenüber B wie der Eigentümer des Zeltes auf („*mein Zelt*“), zumal er aufgrund von falsch verstandenen Andeutungen der E versehentlich davon ausgeht, E sei mit einem Verkauf zu einem guten Preis einverstanden. Bei den Kaufverhandlungen weist M ausdrücklich darauf hin, dass er das Zelt erst fünfmal für jeweils wenige Tage genutzt habe. Außerdem erzählt er B, er wolle wegen des unbeständigen Wetters in Zukunft lieber mit einem „*Billigflieger für 29,99 € in den Süden jetten*“, zumal die Luftmatratze ihm „*voll krass Rücken mache*“. Er fügt hinzu: „*Zelten ist nicht mehr mein Ding. Keine Nacht werde ich mehr in einem Zelt verbringen.*“

B, der die Geschichte des M glaubt, erwidert, er habe Interesse, doch könne und wolle er auf keinen Fall mehr als 250 „abdrücken“. Schließlich einigen sich beide auf einen Kaufpreis von 300,- €, der etwa 100,- € unter dem Zeitwert des Zeltes liegt.

Beim anschließenden gemeinsamen Abbauen fällt B auf, dass M nicht weiß, wie man sinnvoll vorgeht. So wählt M eine unzuweckmäßige Reihenfolge der unterschiedlichen Arbeitsgänge, auch gelingt es ihm erst nach mehreren Fehlversuchen, aus den von Hand markierten Verpackungssäcken den jeweils richtigen für das Innenzelt, das Außenzelt, die Zeltstangen usw. herauszufinden. Peinlich berührt erklärt M, „*das Zeltabbauen sei für ihn auch beim sechsten Mal immer noch eine Kunst für sich*“. Nachdem der Abbau schließlich mit viel Mühe und unter tatkräftiger Mithilfe des B mehr schlecht als recht gelungen ist, verstauen B und M nach inzwischen erfolgter Zahlung des Kaufpreises die Zeltsäcke nebst Inhalt gemeinsam im Fahrzeug des B, das auf dem Parkplatz vor dem Campingplatz steht. In diesem Augenblick kommt E hinzu, die „*wegen des Sturms nur mal schnell nach dem Rechten sehen will*“.

Obwohl M der E sofort den von B gezahlten Kaufpreis von 300,- € anbietet, möchte E „*ihr*“ Zelt wiederhaben. B lehnt die Rückgabe energisch ab, weil er „*sein Zelt*“ wegen des günstigen Kaufpreises behalten will.

---

### Aufgabe

Prüfen Sie, ob E gegen B ein Herausgabeanspruch zusteht. Berücksichtigen Sie dabei auch in Betracht kommende Anspruchsgrundlagen aus dem Deliktsrecht und aus dem Recht der ungerechtfertigten Bereicherung.

---

## Hinweis

Diese Aufgabe eignet sich aufgrund ihrer Länge nicht für eine Klausur. Sie ist eher für eine Anfängerhausarbeit gedacht. Neben zahlreichen detaillierten Angaben im Sachverhalt ist besonderes Augenmerk auf die Aufgabenstellung zu richten. In Bezug auf den **Herausgabeanspruch** sollen auch Ansprüche aus dem **Deliktsrecht** und aus dem Recht der **ungerechtfertigten Bereicherung** geprüft werden. Die folgende Lösung ist sehr ausführlich: Sie soll es Ihnen ermöglichen, drei wichtige gesetzliche Anspruchsgrundlagen im Rahmen einer einzigen Fallbearbeitung zu wiederholen. Die in der Lösung in Teil 2 und Teil 3 enthaltenen Rechtsprobleme weisen zudem einen recht hohen Schwierigkeitsgrad auf. Aber man kann alles begreifen, wenn man es denn begreifen will! Also nicht verzweifeln, sondern alles gut und mit Verstand durcharbeiten!

## Vorüberlegung

Beginnen wir mit einer Grafik unter Berücksichtigung der möglichen Ansprüche und der Rechtsbeziehungen der Parteien:

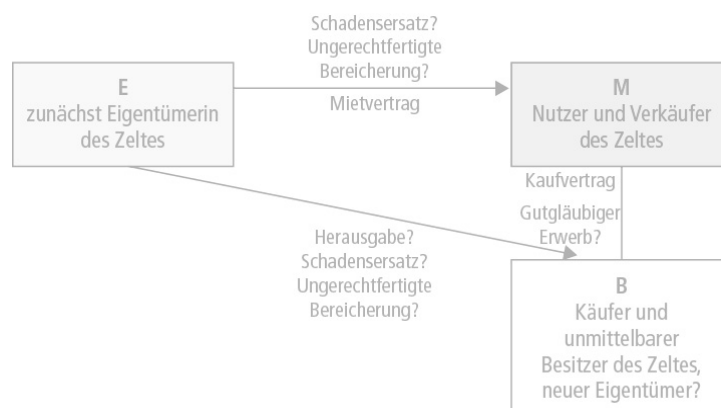
Jetzt ist nach dem berühmten „Satz“ mit den vielen „W“ vorzugehen:

„Wer will was von wem woraus?“

In der Aufgabenstellung heißt es dazu:

„Prüfen Sie, ob E gegen B ein Herausgabeanspruch zusteht. Berücksichtigen Sie dabei auch mögliche Anspruchsgrundlagen aus dem Deliktsrecht und aus dem Recht der ungerechtfertigten Bereicherung.“

E begehrt die Herausgabe ihres (?) Zelttes von B. B weigert sich, weil er der Meinung ist, dass das Zelt ihm gehört. Zu prüfen ist also, ob E einen **Herausgabeanspruch** gegen B hat. Da für einen solchen Anspruch mehrere Anspruchsgrundlagen in Betracht kommen, muss eine **Reihenfolge** unter Beachtung allgemein gültiger Regeln festgelegt werden. Diese Regeln gelten immer dann, wenn der Sachverhalt keine Besonderheiten aufweist und die Aufgabenstellung keine andere Reihenfolge vorschreibt.



Grafik zu Fall 13

---

**Merke**

Regeln zur Prüfungsreihenfolge von Anspruchsgrundlagen:

1. **Regel:** *Vertragliche Ansprüche vor gesetzlichen Ansprüchen.*
  2. **Regel:** *Sachenrechtliche Ansprüche (§§ 985, 986 BGB) vor schuldrechtlichen Ansprüchen (§§ 823 ff. BGB, §§ 812 ff. BGB).*
  3. **Regel:** *Deliktsrecht (Unerlaubte Handlung, §§ 823 ff. BGB) vor ungerechtfertigter Bereicherung (§§ 812 ff. BGB).*
  4. **Regel:** *§ 816 BGB vor § 812 BGB.*
- 

**Was folgt daraus?**

1. **Vertragliche Ansprüche** kommen im Verhältnis zwischen E und B nicht in Betracht, weil zwischen ihnen kein Vertrag besteht. Verträge bestehen nur zwischen E und M (zeitliche Überlassung des Zelttes gegen Zahlung, also Mietvertrag) und M und B (Kaufvertrag).
2. Aus dem **Sachenrecht** kommt der Herausgabeanspruch nach §§ 985, 986 BGB in Betracht.
3. Aus dem **Deliktsrecht** kommt im Form eines Schadensersatzanspruchs ein Herausgabeanspruch aus §§ 823 Abs. 1 i. V. m. 249 Abs. 1 BGB in Betracht.
4. Aus dem Recht der **ungerechtfertigten Bereicherung** kommt ein Herausgabeanspruch aus § 812 Abs. 1 S. 1 BGB in Betracht.

Die Prüfung ist mit **§ 985 BGB** zu beginnen, da es sich um eine „starke“, nämlich dingliche und damit gegen jedermann wirkende sachenrechtliche Anspruchsgrundlage handelt: Außerdem spricht diese Vorschrift die begehrte Rechtsfolge (Herausgabe der Sache) direkt aus. Dabei ist es sinnvoll, sofort § 986 BGB mit zu nennen.

Anschließend sind die nach der Aufgabenstellung zu berücksichtigenden Vorschriften aus dem Deliktsrecht und dem Recht der ungerechtfertigten Bereicherung zu untersuchen.

**Lösung**

**1. E könnte gegen B einen Anspruch auf Herausgabe des Zelttes nach §§ 985, 986 BGB haben.**

Dann müsste E (noch)

- (1) **Eigentümerin** des Zelttes sein,
- (2) B müsste dessen **Besitzer** sein und
- (3) B dürfte gegenüber E **kein Recht zum Besitz** haben.

---

**Klausurtyp**

An dieser Stelle können Sie sich auch darauf beschränken, zunächst nur die erste Voraussetzung der §§ 985, 986 BGB („Eigentum der E“) und, wenn diese Voraussetzung vorliegt, anschließend die weiteren Voraussetzungen zu nennen. Die Erfahrung zeigt, dass in einer Klausur die Prüfung der weiteren Voraussetzungen dann aber bisweilen vergessen wird. Deswegen dürfte es sinnvoll sein, vorab alle Voraussetzungen zu nennen.

---

Zu (1): E war Eigentümerin des Zelt. Sie könnte das Eigentum aber durch eine zwischen M und B erfolgte Übereignung an B verloren haben.

---

**Klausurtyp**

Da offensichtlich ist, dass hier nicht die berechtigte Eigentümerin E, sondern der nichtberechtigte M gehandelt hat, und auch kein Fall des § 185 Abs. 1 oder Abs. 2 BGB vorliegt, ist es sinnvoll, sofort einen gutgläubigen Erwerb nach §§ 929 S. 1, 932 BGB zu prüfen.

---

Weil hier nicht die berechtigte Eigentümerin E gehandelt hat und weil M durch E weder ermächtigt worden war, das Eigentum zu übertragen (§ 185 Abs. 1 BGB), noch E die Eigentumsübertragung im Nachhinein genehmigt hat (§ 185 Abs. 2 BGB), kommt nur ein gutgläubiger Eigentumserwerb **nach §§ 929 S. 1, 932 BGB** in Betracht.

---

**Klausurtyp**

Auch beim gutgläubigen Eigentumserwerb gilt für bewegliche Sachen der Satz: „§ 929 Satz 1 ist immer dabei!“ Das heißt, die Prüfung ist mit § 929 S. 1 BGB und *nicht* mit § 932 BGB zu beginnen! § 929 S. 1 bildet das „Gerüst“, § 932 hilft (nur) über die fehlende Berechtigung zur Übereignung hinweg.

---

**1.1 Einigung**

Erste Voraussetzung für einen gutgläubigen Eigentumserwerb gemäß § 929 S. 1, 932 BGB ist eine **Einigung** zwischen dem **vermeintlichen Eigentümer** und dem **Erwerber** darüber, dass das Eigentum an der Sache übergehen soll. Hier müssten sich also M als vermeintlicher Eigentümer und B als Erwerber mit diesem Inhalt geeinigt haben. Eine entsprechende ausdrückliche Einigung ist dem Sachverhalt nicht zu entnehmen, doch ergibt sie sich aus den Umständen. Da M und B die Zeltsäcke nebst Inhalt im Auto des B verstaut haben, liegt darin eine durch **schlüssiges (konkludentes) Verhalten** zustande gekommene Einigung mit dem Inhalt, dass nunmehr B der Eigentümer der Sachen sein soll. Dafür spricht auch, dass B den Kaufpreis bereits gezahlt und damit die ihm aus dem Kaufvertrag obliegende Verpflichtung vollständig erfüllt hat. Das Verhalten von M und B kann nur so verstanden werden, dass das Zelt jetzt B gehören soll.

## 1.2 Übergabe

Nach § 929 S. 1 BGB ist neben der Einigung über den Eigentumsübergang die **Übergabe** der Sache erforderlich. Dafür muss der – vermeintliche – Eigentümer seinen (unmittelbaren) **Besitz** vollständig auf den Erwerber übertragen (§ 854 Abs. 1 BGB). Diese Voraussetzung ist mit dem Einladen der Gegenstände in das Auto des B gegeben, weil M seinen Besitz vollständig aufgibt und B den unmittelbaren Besitz erwirbt. B hatte auch den Willen, Besitzer der Gegenstände zu werden.

## 1.3 Berechtigung zur Übereignung

Da M nicht der Eigentümer des Zelttes war, war er nicht zur Übertragung des Eigentums berechtigt. Die fehlende **Berechtigung** könnte durch den **guten Glauben** des B ersetzt worden sein. B muss dafür geglaubt haben, dass M der **Eigentümer** des Zelttes ist. Einen Ansatzpunkt für die Begründung dieses (guten) Glaubens enthält **§ 1006 Abs. 1 S. 1 BGB**. Danach wird vermutet, dass der unmittelbare Besitzer einer Sache auch deren Eigentümer sei. Deshalb durfte B davon ausgehen, dass das Zelt M gehörte.

Dieser Glaube gilt aber nicht uneingeschränkt. Nach § 932 Abs. 2 BGB scheidet ein gutgläubiger Erwerb aus, wenn der Erwerber **weiß**, dass die Sache nicht dem Veräußerer gehört. Ein solcher Fall ist hier nicht gegeben, weil B die Geschichte des M für wahr hielt, also keine **positive Kenntnis** davon hatte, dass M nicht der Eigentümer des Zelttes war.

Ein gutgläubiger Erwerb tritt nach § 932 Abs. 2 BGB aber auch dann nicht ein, wenn der Erwerber infolge **grober Fahrlässigkeit** nicht erkennt, dass der Veräußerer nicht der Eigentümer der Sache ist. Ausgehend von der Definition der einfachen Fahrlässigkeit in § 276 Abs. 2 BGB handelt grob fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in **ungewöhnlich hohem Maße verletzt** und dasjenige nicht beachtet, was im gegebenen Fall jedem hätte einleuchten müssen.

---

### Klausurtipp

Wenn es – wie hier – Argumente *für* und *gegen* das Vorliegen einer groben Fahrlässigkeit gibt, sind *beide* Ansätze darzustellen. Bitte keine einseitigen Ausführungen, sondern ein abwägendes Pro und Contra. Dabei ist es geschickt, zunächst die Argumente für die Meinung zu nennen, der im Ergebnis *nicht* gefolgt werden soll.

---

**Für** eine grobe Fahrlässigkeit des B spricht, dass er bemerkt, dass M erhebliche Probleme mit dem Abbau des Zelttes und mit dem Verstauen der Gegenstände in die Zeltsäcke hat. Wenn jemand einen Zelttabbau bereits fünfmal vorgenommen hat, müsste das eigentlich besser klappen. Es liegen deshalb Anhaltspunkte dafür vor, dass etwas „nicht stimmen“ könnte. B hätte Verdacht schöpfen müssen und Nachfragen stellen können.

**Gegen** eine grobe Fahrlässigkeit sprechen aber die anderen Umstände des Erwerbs: Der Preis erscheint bei einem fünfmal genutzten Zelt nicht unangemessen niedrig zu sein, das Geschäft wurde auf einem öffentlichen Campingplatz abgewickelt. Die „Geschichte“ des M für den Verkauf ist durchaus einleuchtend (Wetter, Rückenprobleme). Außerdem spricht § 1006 Abs. 1 S. 1 BGB für das Eigentum des M.

Deshalb liegt möglicherweise eine leichte Fahrlässigkeit (§ 276 Abs. 2 BGB) des B vor, aber keine grobe, also besonders schwere Fahrlässigkeit.

Damit sind alle Voraussetzungen für einen gutgläubigen Erwerb gemäß §§ 929 S. 1, 932 BGB erfüllt.

#### 1.4 Ausschluss durch § 935 Abs. 1 BGB

Dem Eigentumserwerb könnte aber **§ 935 Abs. 1 BGB** entgegenstehen. Danach scheidet ein gutgläubiger Erwerb an solchen Sachen aus, die dem Eigentümer **abhandengekommen** sind. Abhandengekommen ist eine Sache, wenn der Eigentümer **unfreiwillig den unmittelbaren Besitz** an ihr verloren hat. Hier hat die Eigentümerin E ihren unmittelbaren Besitz **freiwillig** auf M übertragen, indem sie ihm das Zelt zur Nutzung überlassen hat. Also steht § 935 Abs. 1 BGB dem gutgläubigen Eigentumserwerb nicht entgegen. Damit hat B gutgläubig das Eigentum an dem Zelt erworben.

---

#### Klausurtipp

Zu (2) und (3): Die weiteren Voraussetzungen der §§ 985, 986 BGB – *unmittelbarer Besitz des B* und *kein Besitzrecht des B gegenüber E* – sind *hier* nicht zu prüfen, da schon die erste Voraussetzung (Eigentum der E) nicht vorliegt.

---

**Zwischenergebnis:** E hat keinen Herausgabeanspruch gegen B aus §§ 985, 986 BGB, weil E aufgrund des gutgläubigen Erwerbs des B nicht mehr Eigentümerin des Zeltes ist.

#### 2. E könnte einen Anspruch auf Herausgabe des Zeltes gegen B aus § 823 Abs. 1 BGB i. V. m. § 249 Abs. 1 BGB haben.

Dann müsste durch eine **Handlung** des B ein durch § 823 Abs. 1 BGB geschütztes Rechtsgut oder Recht der E verletzt worden sein. Die Handlung des B, an die anzuknüpfen ist, besteht im gutgläubigen Erwerb des Eigentums und des Besitzes am Zelt. Denn durch diese Handlung hat E ihr Eigentum – ein Recht im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB – und den mittelbaren Besitz – ein sonstiges Recht im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB – verloren.

Kurze Frage: Was halten Sie von diesem Ansatz? Warum *kann* im Ergebnis kein Herausgabeanspruch aus §§ 823 Abs. 1, 249 Abs. 1 BGB bestehen?

Eine Schadensersatzpflicht des B auf Herausgabe kann (im Ergebnis) deshalb nicht bestehen, weil B – wie zuvor geprüft – nach den §§ 929, 932 BGB gutgläubig das



Eigentum erworben hat. Dieses von der Rechtsordnung gewollte Ergebnis darf nicht durch eine Pflicht zum Schadensersatz beeinträchtigt oder gar rückgängig gemacht werden. Für dieses Ergebnis sind verschiedene Begründungen vertretbar:

- Man kann argumentieren, dass im Falle eines **gutgläubigen Erwerbs** schon keine Verletzungshandlung gemäß § 823 Abs. 1 BGB vorliegt, weil sonst ein Widerspruch zum Wertungsmodell der §§ 932 ff. BGB bestehen würde.
- Falls man eine Verletzungshandlung annimmt, liegt es nahe, die **Rechtswidrigkeit** zu verneinen, weil der gutgläubige Erwerb mit der Rechtsordnung (§§ 932 ff. BGB) in Einklang steht, also nicht „wider das Recht“ ist.
- Auf jeden Fall scheitert der Anspruch beim **Verschulden**. Da im Rahmen der §§ 932 ff. BGB nur Vorsatz und *grobe* Fahrlässigkeit einem Eigentumserwerb entgegenstehen, muss dieser Verschuldensmaßstab auch im Rahmen des § 823 Abs. 1 BGB gelten.

**Zwischenergebnis:** Also besteht kein Anspruch der E gegen B auf Herausgabe des Zeltes aus §§ 823 Abs. 1, 249 Abs. 1 BGB.

### 3. E könnte gegen B einen Anspruch aus § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Fall oder 2. Fall BGB auf Herausgabe des Eigentums und des Besitzes am Zelt haben.

Nach § 812 Abs. 1 S. 1 BGB ist derjenige, der

(1) **etwas erlangt** hat,

(2) durch **Leistung eines anderen** oder in sonstiger Weise auf dessen Kosten,

(3) **ohne rechtlichen Grund**,

dem **Leistenden** oder dem, auf dessen Kosten sich der Erwerb vollzogen hat, zur **Herausgabe des Erlangten** verpflichtet.

Zu (1): B müsste etwas erlangt haben, wofür jeder **Vermögenszuwachs** ausreicht. B hat Eigentum und Besitz am Zelt erlangt.

Zu (2): Dies müsste durch eine **Leistung** der Person, die die Herausgabe begehrt (hier E), erfolgt sein. Eine Leistung im Sinne des § 812 Abs. 1 S. 1 BGB ist eine **gewollte und zweckgerichtete Vermehrung fremden Vermögens**. Maßgeblich für die Beurteilung, *wer* die Leistung erbracht hat, ist die **Sicht des Leistungsempfängers**. Aus der Sicht des B hat aber nicht E, sondern der M das Eigentum und den Besitz an dem Zelt zur Erfüllung des Kaufvertrags zwischen B und M übertragen. Damit liegt eine Leistung des M und nicht eine solche der E vor. Da E keine Leistung erbracht hat, steht ihr kein Anspruch aus einer „Leistungskondiktion“ gegen B aus § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Fall BGB zu.

Da eine Leistung des M vorliegt, ist wegen des sogenannten „**Vorrangs der Leistungskondiktion**“ die Fallgruppe „oder in sonstiger Weise auf dessen Kosten“

nicht mehr zu prüfen<sup>1</sup>. Also besteht auch kein Anspruch der E aus § 812 Abs. 1 S. 1, 2. Fall BGB.

Zu (3): Die Voraussetzung „ohne rechtlichen Grund“ ist nicht zu prüfen, weil bereits die zweite Voraussetzung des § 812 Abs. 1 S. 1 BGB nicht gegeben ist.

**Zwischenergebnis:** E hat damit auch nach § 812 Abs. 1 S. 1 BGB keinen Anspruch auf Herausgabe des Zeltes gegen B.

#### 4. Ergebnis

E steht gegen den gutgläubigen Erwerber B damit aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Herausgabeanspruch zu: Der Anspruch nach §§ 985, 986 BGB scheitert daran, dass E infolge des gutgläubigen Erwerbs durch B nicht mehr Eigentümerin des Zeltes ist. Dieses von der Rechtsordnung gewollte Ergebnis darf nicht durch einen Schadensersatzanspruch nach §§ 823 Abs. 1, 249 Abs. 1 BGB infrage gestellt werden. § 812 Abs. 1 BGB scheidet aus, weil keine Leistung der E, sondern eine solche des M vorliegt.

Ergänzung:

*Nach der Aufgabenstellung ist nur nach Ansprüchen der E gegen B auf Herausgabe des Zeltes, nicht hingegen nach möglichen Ansprüchen der E gegen M gefragt. Deshalb sind diese Ansprüche auch nicht zu untersuchen. Zur Abrundung in Kürze:*

- a) In Betracht kommt ein **vertraglicher Schadensersatzanspruch** der E gegen M, weil M seiner Verpflichtung zur Rückgabe der Mietsache (§ 546 Abs. 1 BGB) aufgrund der Weigerung des B, das Zelt wieder herauszugeben, nicht nachkommen kann (§§ 280 Abs. 1, Abs. 3, 283 BGB). Ein Schadensersatzanspruch kann sich auch aus § 823 Abs. 1 BGB ergeben, weil E durch eine Handlung des M das Eigentum am Zelt verloren hat. Beide Anspruchsgrundlagen setzen ein Verschulden des M voraus, das in Bezug auf den vertraglichen Anspruch gemäß § 280 Abs. 1 S. 2 BGB vermutet wird. Der Anspruch besteht nach § 251 Abs. 1 BGB in Höhe des Verkehrswertes des Zeltes (400,- €). Zu klären wäre also, ob M das vermutete Vertretenmüssen widerlegen kann, weil M aufgrund von Andeutungen der E davon ausgegangen war, dass diese mit dem Verkauf zu einem guten Preis einverstanden war.
- b) § 823 Abs. 2 i. V. m. § 246 StGB (Unterschlagung) und § 826 BGB kommen nicht in Betracht, weil M nach dem Sachverhalt nicht vorsätzlich gehandelt hat und E nicht sittenwidrig schädigen wollte.

<sup>1</sup> Zwischen den Fallgruppen „durch Leistung“ und „in sonstiger Weise auf dessen Kosten“ gibt es eine Rangordnung: Wenn *irgendjemand* eine Leistung erbracht hat, ist die Variante „in sonstiger Weise auf dessen Kosten“ nicht mehr zu prüfen. Man spricht vom „Vorrang der Leistungskondition“ vor den anderen Kondiktionsarten. Also ist zunächst zu untersuchen, ob eine Leistung vorliegt. Ergibt diese Prüfung, dass ein anderer als der, der die Herausgabe begehrt, eine Leistung erbracht hat, ist die Prüfung des § 812 Abs. 1 S. 1 BGB zu beenden, vgl. auch S. 471 im Lehrbuch.



- c) Auf jeden Fall kann E von M die Herausgabe des Kaufpreises in Höhe von 300, – € aus **§ 816 Abs. 1 BGB** verlangen, weil M eine Verfügung – die Übertragung des Eigentums an B – vorgenommen hat. Diese Verfügung ist der E gegenüber gemäß §§ 929, 932 BGB wirksam. Als Gegenleistung hat M den Kaufpreis erhalten. Diesen muss er an E herausgeben, auch wenn ihn kein Verschulden treffen sollte.